

Beschlußempfehlung und Bericht **des Ausschusses für Wirtschaft (9. Ausschuß)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Christa Luft, Wolfgang Bierstedt,
Dr. Barbara Höll, weiterer Abgeordneter und der Gruppe der PDS
– Drucksache 13/7519 –**

Für eine wirtschaftliche und ökologische Alternative in den neuen Bundesländern

A. Problem

Fehlen eines selbsttragenden Aufschwungs in den neuen Bundesländern.

Die Bundesregierung soll aufgefordert werden, umgehend ein Zukunftsinvestitionsprogramm über einen Zeitraum von 15 Jahren aufzulegen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags

Mehrheitsbeschluß im Ausschuß

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag – Drucksache 13/7519 – abzulehnen.

Bonn, den 24. September 1997

Der Ausschuß für Wirtschaft

Friedhelm Ost
Vorsitzender

Sabine Kaspereit
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Sabine Kaspereit

I.

Der Antrag der Gruppe der PDS – Drucksache 13/7519 – wurde in der 175. Sitzung des Deutschen Bundestages am 15. Mai 1997 an den Ausschuß für Wirtschaft zur federführenden Beratung sowie zur Mitberatung an den Finanzausschuß, den Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, den Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung, den Ausschuß für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und den Ausschuß für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung überwiesen.

II.

Der Finanzausschuß hat in seiner Sitzung am 11. Juni 1997 mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Gruppe der PDS in Abwesenheit der Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschlossen, die Ablehnung des Antrages zu empfehlen.

Der Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten hat in seiner Sitzung am 11. Juni 1997 mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimme des Mitgliedes der Gruppe der PDS bei Enthaltung der Mitglieder der Fraktion der SPD und in Abwesenheit der Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschlossen, die Ablehnung des Antrages zu empfehlen.

Der Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung hat in seiner Sitzung am 11. Juni 1997 mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Gruppe der PDS beschlossen, die Ablehnung des Antrages zu empfehlen.

Der Ausschuß für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat in seiner Sitzung am 11. Juni 1997 mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Mitglieder der Gruppe der PDS und in Abwesenheit der Mitglieder der Fraktion der F.D.P. beschlossen, die Ablehnung des Antrages zu empfehlen.

Der Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat in seiner Sitzung am 11. Juni 1997 mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

und der Gruppe der PDS beschlossen, die Ablehnung des Antrages zu empfehlen.

Der Ausschuß für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung hat in seiner Sitzung am 11. Juni 1997 mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Gruppe der PDS beschlossen, die Ablehnung des Antrages zu empfehlen.

III.

Nach Auffassung der antragstellenden Gruppe haben sich die Versprechungen und Zeitpläne der Bundesregierung für einen wirtschaftlichen Aufschwung in den neuen Bundesländern nicht erfüllt. Die Antragsteller fordern daher einen umfassenden Maßnahmenkatalog, der schwerpunktmäßig folgende Punkte umfaßt:

- Erhalt und Neuansiedlung industrieller Kerne,
- Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs,
- Erneuerung der kommunalen und regionalen Ver- und Entsorgungsinfrastruktur,
- Ausbau eines Netzes von Hochschulen, Fachhochschulen und überbetrieblichen Berufsbildungszentren,
- Fortführung der Sanierung von Umweltaltlasten, Bergbaufolgelandschaften und Industriebrachen,
- Wohnungssanierung und -modernisierung,
- Auf- und Ausbau von Forschungs- und Produktionskapazitäten für die Nutzung regenerativer Energien,
- Wiederbelebung der regionalen Nahrungsgüterproduktion,
- Schaffung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors.

IV.

Der Ausschuß für Wirtschaft hat den Antrag in seiner 64. Sitzung am 24. September 1997 beraten. Er hat mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Gruppe der PDS bei Stimmenthaltung der Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschlossen, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags – Drucksache 13/7519 – zu empfehlen.

Bonn, den 24. September 1997

Sabine Kaspereit
Berichterstatlerin

